

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Weitere Fortschritte im Jahre 1928 trotz schlechter Geschäftslage.

Das verflossene Jahr war im allgemeinen kein gutes für unsern Beruf. Auch gegenwärtige harte Winter ist in bezug auf Arbeitsgelegenheit einer der schlechtesten der letzten Jahre. Die Arbeitslosigkeit setzte schon recht früh ein, denn wir doch bereits im Oktober 12 % arbeitslose Mitglieder, im November waren es schon 21 %, im Dezember aber 35 %. Große Arbeitslosigkeit hat sich namentlich noch immer als ein wesentliches Hemmnis für die Werbetätigkeit ergeben. Sie erzeugt bei längerer Dauer erfahrungsgemäß eine Stimmung, die unsern Bestrebungen durchaus nicht förderlich ist. Dazu kommt die wüste Hege der Gewerkschaften im allgemeinen, die gleichfalls nicht dazu angeht, die Gewerkschaften neue Mitglieder zuzuführen. Wenn es trotz dieser mißlichen Verhältnisse möglich war, im vierten Quartal unsern Mitgliederstand zu halten und im Jahre 1928 mit einem Plus von

mehr als 8000 neuen Mitgliedern

zuzuschließen, so ist das ein glänzender Beweis für die starke Werbekraft unseres Verbandes und für das Vertrauen, das er bei der Masse der Kollegen genießt.

Wir konnten am Jahresluß 56 898 Verbandskollegen und -kolleginnen aufweisen gegen 48 747 am Ende des Jahres 1927. Darunter sind 8004 Lehrlinge, 4 weibliche Mitglieder und 8809 in der Industrie beschäftigte Kollegen.

8151 Mitglieder hat unser Verband somit in diesem Jahre gewonnen, das sind 16,5 Prozent.

Diese Zunahme gibt Zeugnis davon, wie intensiv in unsern Filialen und Zahlstellen gearbeitet wurde, denn ohne diese rege Mitarbeit, ohne die Opferfreudig-

keit unserer Funktionäre wäre ein solcher Fortschritt nicht möglich gewesen. Wir schöpfen daraus die Ueberzeugung, daß wir im Jahre 1929 in der eingeschlagenen Richtung weiter marschieren werden mit dem Ziel, die abseitsstehenden Berufskollegen in noch größerer Zahl dem Verbandszuge zu führen.

Noch ist dieser harte Winter nicht vorüber. Noch besteht die große Arbeitslosigkeit als Hemmnis weiter. Wir haben aber die feste Zuversicht, daß diese schwere Zeit der Not bald überwunden sein wird und daß dann erneut mit um so größerer Aussicht auf Erfolg in die Werbetätigkeit eingetreten werden kann. Die mit großer Mehrheit beschlossene Einführung der Invalidenunterstützung, die mit dem 1. April in Kraft tritt, wird uns dabei besonders dienlich sein.

Notwendig ist aber, daß heute schon die nötigen Vorarbeiten getroffen werden. Das Adressenmaterial der Unorganisierten ist zu sichten und zu ergänzen, damit bei eintretender Arbeitsmöglichkeit das vorhandene Werbematerial nutzbringend verwertet werden kann. Bedenkt, Kollegen, daß die gewerkschaftliche Geschlossenheit nie so notwendig war, wie gegenwärtig, wo das Unternehmertum sich anschießt, mit den schärfsten Kampfmitteln den weiteren Aufstieg der Arbeiterschaft aufzuhalten. Nur wenn alle verfügbaren Kräfte zusammenwirken, kann die Gefahr abgewendet werden.

Seht Euch daher überall für die

Stärkung Eures Verbandes

ein! Rättelt die Unorganisierten auf und macht ihnen klar, daß ohne starke Gewerkschaften Erfolge und weitere Fortschritte unmöglich sind!

Vorwärts und aufwärts ist unser Ziel, und um dies zu erreichen, gilt es

gemeinsame Arbeit in geschlossenen Reihen!

Lebt die Arbeitslosen zur Schaffung wirtschaftlicher Werte ein.

In den letzten Wochen ist die Zahl der Arbeitslosen nahezu 2 Millionen gestiegen. Ihre Unterstützung und Unterstüfung ihrer Familien erfordert viele Millionen Reichsmark.

Muß das sein?

Die Arbeitslosigkeit ist nur zum kleineren Teil auf die harte Winterwitterung zurückzuführen. Zum größeren Teil ist sie eine Folge der abflauenden Konjunktur, das heißt in der Wirtschaft

die Folge einer zweckwidrigen Wirtschaftspolitik.

Man kann nicht oft und nicht eindringlich genug darauf hinweisen, daß es in Deutschland bei einer zweckentfremdeten Organisation der Wirtschaft eine Arbeitslosigkeit infolge schlechter Konjunktur nicht geben könnte. Der Bedarf der Volksmassen an Lebensgütern aller Art ist so groß, daß zu seiner Befriedigung das gewaltige Potential der Arbeitslosen restlos eingesetzt werden könnte. Es ist und bleibt widersinnig, daß ein Volk, dem massenhaft wichtige Lebensgüter fehlen und das rund 2 Millionen arbeitslose hat, diese Arbeitslosen nicht restlos zur Erzeugung der fehlenden Wirtschaftsgüter einsetzt.

In Deutschland fehlen zurzeit immer noch für etwa 1 Million Familien Wohnungen.

Mindestens eine weitere Million Wohnungen ist baufähig und für menschliche Behausungen mehr oder weniger geeignet. Gesundheit und Moral großer Volksteile leiden unter diesem Zustand. 2 Millionen Arbeitslose aber müssen hungern und wirtschaftliche Werte verzehren, ohne solche

schaffen zu können. Sie müssen sich mit einer kargen Unterstützung begnügen, die ihre Kaufkraft auf einen Bruchteil ihrer tatsächlichen Bedürfnisse herabsetzt, was wieder die gesamte übrige Wirtschaft mitsamt dem Staatsleben ungünstig beeinflusst.

Der Reichsfinanzminister braucht Steuern.

Er klagt über das Defizit im Reichshaushalt. Aber Millionen Arbeitslose, die bei ihrer Einstellung in die Produktion allein an Einkommensteuern gewaltige Summen aufbringen, müssen feiern. Ihre Steuern fallen aus. Auch die Steuerkraft der Betriebe, in denen sie beschäftigt sein könnten, ist geschwächt. Ebenso gehen die Erträge der Umsatzsteuer durch die sinkende Kaufkraft von mehreren Millionen Arbeitslosen mit ihren Familien bedeutend zurück. Die Folge davon ist, daß die Steuern immer mehr erhöht werden müssen. Das ist auf die Dauer ein unerträglicher Zustand, der gebieterisch eine Aenderung unserer heutigen Wirtschaftspolitik fordert.

Wenn der Frost zu Ende ist, müssen alle Vorarbeiten für eine entschlossene Förderung des Wohnungsbauwesens abgeschlossen sein.

Die Mittel hierfür müssen unter allen Umständen beschafft werden. Der fräurige Zustand, daß die besten Baumeister ohne wesentliche Bautätigkeit verstreichen, weil es an Baumitteln fehlt, darf sich 1929 nicht wiederholen. Ein großer Teil der jetzigen Arbeitslosen kann dann im Baugewerbe beschäftigt werden. Ein weiterer Teil wird durch die Belebung, die ein vollbeschäftigtes Baugewerbe auf die übrige Wirtschaft ausstrahlt, in andern Wirtschaftszweigen unter-

kommen, und schließlich wird auch die Stärkung der Kaufkraft der heutigen Arbeitslosen durch ihre Wiedereinstellung in die Produktion eine wohlthätige Wirkung auf den Arbeitsmarkt haben.

Den klugen Politikern und Finanzleuten, die das deutsche Volk aus „Sparlichkeitsgründen“ an einem stärkeren Wohnungsbau hindern möchten, sagen wir hier nochmals, was wir ihnen bereits vor Jahren sagten, nämlich, daß sie sich in verbrecherischer Weise am deutschen Volke vergreifen, indem sie die Produktivkraft von Millionen Menschen an ihrer Entfaltung und an der Schaffung wirtschaftlicher Werte hindern. Sparen kann man nur von dem, was man vorher geschaffen hat.

Die gesamte deutsche Volkskraft in die Produktion einzusetzen muß deshalb das Ziel eines jeden vernünftigen Wirtschaftspolitikers sein.

Je mehr wirtschaftliche Werte erzeugt werden, desto mehr läßt sich sparen. Es läßt sich aber nichts sparen, wenn die Produktion künstlich erdrückt wird, indem man Millionen deutscher Volksgenossen, die gern arbeiten möchten, durch eine verkehrte Wirtschaftspolitik von der Arbeit fernhält und sie von der produktiven Arbeit der übrigen Bevölkerung ernähren läßt.

Macht endlich dieser Vergeudung von Volkskraft ein Ende.

Indem ihr die deutsche Wirtschaft so organisiert, daß sie zum Wohle des gesamten Volkes ein Höchstmaß wirtschaftlicher Werte liefert! Schafft ihr das nicht, dann habt ihr auch kein Recht, die Rationalisierung der Wirtschaft weiter zu betreiben, denn ihr könnt nicht verlangen, daß die Arbeiter in Gestalt monatelanger Massenarbeitslosigkeit die Kosten der Rationalisierung tragen.

A. Ellingfr.

Bist Du schon Abonnent unseres „Fachblatt der Maler“? Deine Zillalverwaltung nimmt Deine Bestellung an.

Wirtschaftsdemokratie und Unternehmertum.

Von Christian Schmitz

Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress wurde von der Arbeiterschaft deutlich der Kampf kundgetan gegen die Verderblichkeit des Kapitalbesitzes und der einseitigen kapitalistischen Unternehmungsleistung. Die Gewerkschaften verlangen, daß in der Fabrik und in der Wirtschaft die sozial-sozialen Faktoren gleichberechtigt neben den rein technisch-wirtschaftlichen stehen. Sie sollen sich nicht einander bekämpfen, sondern sich friedlich miteinander messen. Die Masse der arbeitenden Menschen soll keine Nebenrolle bei der Produktion mehr sein oder höchstens ein Anhängsel der maschinellen Produktion, also Mensch-maschine, das, nach Karten nummeriert, in der Personal-kartei des Betriebes zur Verwendung bei etwaigen Rechtsstreitigkeiten vorhanden ist. Die Arbeiterschaft verlangt Mitbestimmung in den Dingen der Wirtschaft und der Arbeit, damit ihren wirklichen Ansprüchen und Bedürfnissen Genüge geleistet wird.

Daß dieser gesellschaftlich-demokratische Wirtschaftsgedanke bei dem Unternehmertum auf erbitterten Widerstand stoßen mußte, war vorauszusehen. Der in Pöbnech erscheinende „Maschinenmarkt“, ein auf Wahrung der Unternehmerinteressen bedachtes Blatt, brachte kürzlich (Nummer 110, 33 Jahrgang) einen Vorkriegsartikel: „Von der Sozialisierung zur Wirtschaftsdemokratie.“ Der Untertitel lautete: „Das wahre Gesicht der Wirtschaftsdemokratie.“

Der Verfasser des Aufsatzes leitet ihn zunächst mit ironischen Bemerkungen über die „neuen zwölf verschiedenen Schnittmuster“ ein, die die Gewerkschaften der „taunenden Mittelwelt“ vorgelegt hätten. Dann fährt der Unternehmerrichter fort:

„Nachdem die Sozialisierung aus der Mode gekommen war und sich nur noch so hintenherum als kalte Sozialisierung zu behaupten vermochte, ist es dem Gewerkschaftskongress vorbehalten geblieben, ihr ein neueres, jugkräftigeres Gewand unter dem neuen Schlagwort des Tages zu verschaffen. Wir sollen also der allgemeinen Wirtschaftsdemokratie entgegengehen. Gewiß, ein schöner Name, der recht geschickt zur Verkleidung der wirklichen Ziele gewählt ist. Man hat es eingesehen, daß die Zeiten der offenen Demonstration inoffen vorbei sind, als sie finanziell recht unpraktisch geworden sind, und zieht es vor, den alten Klassenkampf der Straße in das stille Verhandlungszimmer zu verlegen. Man gibt sich insgedessen den Anschein, sachlich geworden zu sein, um überhaupt in das bewußte stille Verhandlungszimmer gelangen zu können und den Anspruch darauf erheben zu dürfen, mit seinen volksbeglückenden Theorien überhaupt angehört zu werden. Unter dem stillen Verhandlungszimmer, in dem der neue Volksvergiftungskrieg unter dem Banner der Wirtschaftsdemokratie geführt werden soll, versteht man natürlich nichts anderes als die Beratungskammer der wirtschaftlichen Ausschüsse, in denen man auf Grund einer politischen Majorität die tollsten Wirtschafts-gesetze durchzubringen hofft.“

Der Unternehmerrichter verfällt zunächst einem großen Irrtum, wenn er glaubt, die Gewerkschaften scheuen aus finanziellen Gründen die Durchführung von Massenaktionen. Wenn es nach der Erschöpfung aller friedlichen Mittel nicht anders möglich ist, wird auch heute noch zu Demonstrationen und Streiks gegriffen. Jedoch lehnen es die Gewerkschaften ab, diese Waffe des Klassenkampfes abzustumpfen und nach kommunistischer Art alle fünf Minuten zu einem Generalstreik oder einer Massendemonstration aufzurufen. Im übrigen ist der Wunsch nach dem Verhandlungszimmer zu gewissen Zeiten auch selbst aus dem deutschen Unternehmertum herausgekommen, da man am eigenen Kapital und an der eigenen Dividende zu spüren bekam was ein Streik usw. bedeutet.

Die immer größer werdende Macht der Gewerkschaftsbewegung hat nun das Verhandlungszimmer etwas anders ausgestaltet, als es die Unternehmer gewollt haben. Neben der einfachen Tarifverhandlung gibt es heute auch Arbeitsgerichtsverhandlungen, Schlichtungsausschüsse, Betriebsräte in der Fabrik und im Aufsichtsrat, Reichswirtschaftsrat und andere Anlässe zu einer Demokratie der Wirtschaft und des Fabriklebens. Weil dies doch gegenüber der schwarzen

Der Erwerblose.

Ein Stempel täglich. Das sagt Dir an:
Für heut' ist gebrochen der Sorgen Bann.
Sechs Stempel, sechs Tage, dann zahlt man Dir aus,
Doch reicht es nicht hin, noch her im Haus.
Du hast gearbeitet Jahr für Jahr,
Für Dich, die Deinen, den Staat sogar
Bis jetzt, nun sag' Dir irgendwer:
Frei! Es gibt keine Arbeit mehr. —
Nun bist Du wie tot. Du hast zwar noch Kraft,
Doch keiner sie Dir in Wert erschafft;
Du harst an Fabrikator, an Hagen, an Vahn,
In Hunderten bieten die Arme sich an.
Du hast in Dir Stolz, der flamm't nun empor,
Du hebst Deine Stimme, sie findet kein Ohr,
Und weil mit Dir Tausend zu harren bereit,
Ergreift schließlich Dich auch die Müdigkeit. —
Zum Nachweis wanderst Du täglich aufs neu,
Die Seele erfüllt von Scham und Schen.
Es gilt nur eines zu lernen: Geduld!
Du lernst nun auch die, weil Du ohne Schuld,
Dein Wille ist nichts mehr, er schafft nichts um,
Du hast nun das Nichtstun zum Studium,
Und keiner, keiner helfen sich heut:
Dein Trost — ein Stempel! So morgen wie heut.
August Steinbrügger.

Vorkriegszeit etwas viel ist, die Gewerkschaften aber einen weiteren Ausbau dieser Arbeiterrechte fordern, blickt das Unternehmertum mit unverholener Feindseligkeit auf diese Entwicklung herab und sucht sie in Verzug zu bringen. Die Gewerkschaften wollen also die „tollsten Wirtschafts-gesetze“ durchdrücken! In näheren Beispielen macht man diese „Tollheit“ leider nicht klar. Gibt es überhaupt tolle Gesetze? Ist dies nicht unwissenschaftlich und paradox? Oder ist das nicht eine soziale Verissenheit ein demagogische Irreführung und Aufhebung der Öffentlichkeit, die Gewerkschaften und ihre Arbeit als Feinde des Wirtschaftslebens hinzustellen? Sind es nicht die Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft selbst, die allgemein volkswirtschaftlich gesehen, irrsinnig wirtschaften? Sind die überspannten Kartellpreise, die niedrigen Löhne, die lange Arbeitszeit, die Ueberbezahlung der Aufsichtsräte, die Marktstörungen, Krisen, Bankerotte und die Arbeitslosigkeit Millionen arbeitsfreudiger Menschen ein Zeichen von wirtschaftlicher Vernunft? Und sind es nicht die Gewerkschaften, die diese Störungen der Warenproduktion, Warenzirkulation und des gerechten Wertausstausches beseitigen wollen?

Ein Knecht des Unternehmertums darf von alledem nichts wissen. Er sieht die ganze Privatwirtschaft in Gefahr, wenn den Arbeitern ein Bröckchen hingeworfen wird. Solche Unternehmerrichter möchten natürlich auch jede andere Errungenschaft der Arbeiter mit ihrem Fuß in die Tiefe zurückstoßen, aus der sie zum Licht emporgestiegen ist.

Die Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses, die die nächsten wirtschaftlichen Richtlinien für den Kampfesweg zum Sozialismus angeben, die beweisen, daß die Gewerkschaften sich nicht Hals über Kopf in wilde, unreife Umwälzungen hineinstürzen wollen, sondern langsam, schrittweise mit allen gebotenen Vorsichtsmaßnahmen die neue Wirtschaftsordnung zu entwickeln versuchen, werden dann vom Verfasser einer scharfen Kritik unterzogen.

„Die zwölf Hamburger Punkte, nach denen also künftig die deutsche Wirtschaftspolitik regiert werden soll, unterscheiden sich recht wenig von den alten Richtlinien der selig entschlafenen Sozialisierung. Sie sehen die Ausgestaltung des Arbeiterrechtes, den weitestgehenden Ausbau der Sozialversicherung, eine planmäßige Lohnpolitik, die Sicherung und den Ausbau der Rechte der Betriebsräte, die Durchführung der paritätischen Vertretung der Arbeiterschaft in allen Körperschaften in den Hauptpunkten vor.“

Man braucht von den vorgeschlagenen Richtlinien der wirtschaftlichen Demokratie nur die eine zu hören,

daß die Erhaltung der Arbeitskraft und der Lebenskraft das wichtigste Ziel aller Wirtschaft ist, um zu wissen, welchen Weg die weitere Ausgestaltung des Arbeiterrechtes zu gehen bestimmt ist. Selbstverständlich ist die Erhaltung der Arbeitskraft eines Volkes eine wichtige Funktion der allgemeinen Wirtschaftsordnung. Aber man darf sie doch schließlich nicht als alleinigen Hauptzweck der Wirtschaft betrachten, etwa in der Weise, daß sie am besten gefördert wird, wenn sie so gut wie gar nicht in Anspruch genommen wird. Denn wenn die heutige, schon stark reduzierte (!) Arbeitszeit den Wünschen der neuen Wirtschaftsdemokratie genügen würde, so bräuhete die weitere Schonung der Arbeitskraft nicht als eine besondere Parole für die Gewerkschaften ausgegeben zu werden.“

Die Arbeitskraft wird also heute schon genug geschont. Ja, nach der Auffassung dieses Unternehmerrichters wird sie kaum in Anspruch genommen! Eine solche Auffassung im Wirtschaftszustand der Stoppuhr, Bewegungstudie, Fließarbeit und Rationalisierung mit meistens neunstündiger täglicher Arbeitszeit kann man kaum noch ernst nehmen. In einer Zeit, wo die Arbeiter schon mit 35 bis 40 Jahren so ausgezehrt sind, daß sie nur noch für leichtere, körperliche und weniger intensive Arbeiten brauchbar sind, wo die Unfallstatistik deutlich das hohe Risiko der Arbeitskraft aufzeigt, da ist gefehlter Arbeiterschutz mehr denn je dringend erforderlich. Die Ausführungen des Dr. W. sind eine Verhöhnung der Millionen fleißig Arbeitenden. Ein Spott über die gerechten Ansprüche der Arbeitenden, die nicht nur Lastiere des Unternehmers sein wollen, sondern auch menschlichere Arbeitsbedingungen, gerechtere Verteilung des reichen Produktions-ertrages verlangen!

Diesen Advokaten des Unternehmertums schmerzt dann weiter noch der Wunsch der Arbeiterschaft auf Förderung des Genossenschaftswesens und Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand:

Die Gewerkschaften verlangen „als besonders jugkräftige Aufwärmung des alten Sozialisierungsgedankens die Förderung und Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand. Nachdem seit Jahr und Tag die privaten Wirtschaftsbetriebe den ihnen aufgedrungenen Kampf gegen das weitere Eindringen der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft führen, und die Verschleuderung an Nationalvermögen und nationaler Arbeitskraft durch die privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand an zahllosen Beispielen (?) mehr als deutlich gekennzeichnet ist, bedarf es wohl kaum eines deutlicheren Beweises für die „Zweckmäßigkeit der neuen Wirtschaftsdemokratie“, als diese Forderung zur Ausgestaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit der öffentlichen Hand. Gleichzeitig geht damit selbstverständlich die weitere Ausgestaltung und Unterstützung der Konsumgenossenschaften Hand in Hand, die ja gleichfalls von der Privatwirtschaft als eine immer steigende Diktatur der selbständigen Gewerbebetriebe empfunden werden.“

Diese dummen Phrasen von der Verschleuderung des Nationalvermögens durch die öffentliche Hand braucht man wohl nicht erst klarzustellen. Ist es nicht gerade die Privatwirtschaft selbst, die „nationale“ Werte ins Ausland verschleudert? Fordert die Kartellierung nicht gerade dazu heraus, die überschüssigen Waren zu billigsten Preisen im Auslande abzustößen, weil im Inland der Konsum infolge hoher Preise gebremst ist? Holen nicht die deutschnationalen Hofagrarier alljährlich Tausende polnische Wanderarbeiter nach Deutschland? Nur weil die „nationale Arbeitskraft“ etwas teurer ist und etwas mehr Kulturanprüche stellt?

Wenn die Industriellen aber aus der großen Krise der öffentlichen Hand Futter schöpfen können, dann herrscht tiefe Stille und Ruhe auf dem jetzt so wildbewegten, aufgeregten See. Die Glätte seiner Oberfläche ist dann einfach erstaunlich, wenn man zum Beispiel von der Reichsbahn, der Reichspost oder kommunalen Betrieben gute, große Aufträge zu günstigen Preisen erhält. Oder wenn der Staat in Form von Agrar- und Industriezöllen dem Unternehmertum verdeckt Zuschüsse leistet oder wenn die Ruhr-industriellen eine Liebesgabe von 700 Millionen Mark erhalten. Dann weiß man mit der öffentlichen Hand gut zu verhandeln und für sie anerkennende Worte zu finden. Das

Diego Rivera.

Diego Rivera, der Maler des braunen Proletariats, wurde am 8. Dezember 1886 im Staate Guanajuato in Mexiko geboren. Sein Vater, schon dreizehnjährig Freiwilliger in der republikanisch-liberalen Armee, die gegen Maximilian und die Reaktion kämpfte, wurde der beste Kamerad des Knaben. Er weckte in ihm die Solidarität für die Arbeiter und armen Bauern und erzog ihn als Kämpfer für die Sache des Volkes. Mit elf Jahren trat Diego Rivera in die Kunstakademie ein. Die religiösen und historischen Bilder der Pinakothek hatten für ihn kein Interesse, erst zwei Jahre später, als er bei Rebull, einem Schüler von Jngres arbeitete, begann er einen Zusammenhang zwischen Kunst und Leben zu spüren. Er verband die Bewegungslehre Rebulls mit der Perspektive und Naturwissenschaft seines Lehrers Velasco, des hervorragenden Landschaftlers und Gelehrten, interessierte sich für die vorspanische Geschichte und mexikanische Archäologie.

Versuchen in der Landschaftsmalerei folgten Reisen in Europa. Das Jahr 1910 brachte die Bekanntheit mit Suzanne Picaasso und Henri Rousseau, dessen Arbeiten das größte künstlerische Erlebnis des jungen Malers wurden. Er kehrte nach Mexiko zurück. 1911 reiste er nach Paris mit dem klaren Ziel, auch aus seiner Kunst eine Waffe im Kampf um die beste Organisation des Lebens zu schmieden. Vom Impressionismus durchlief er Stappe für Stappe den Weg zum An-

bismus. Er wurde Schüler und Freund Picassos. Der Pariser Kritiker André Salmon beschäftigte sich mit der „Sache Rivera“. Nach jahrelangen künstlerischen Nüchternheiten begann Rivera um 1918 sich mit der Technik der Fresko-Malerei vertraut zu machen. 1920 studierte er in Italien die Werke der alten Meister des Fresko, besonders Giotto's und seiner Vorläufer, die eine kollektive Arbeit mit einem sozialen Ziel geleistet haben. Mit 325 Zeichnungen kehrte er nach Mexiko zurück. Seine erste große Arbeit war die Ausgestaltung der Universitätsaula in der Escuela Preparatoria, in der er die Geschichte der Philosophie von Pythagoras bis zum historischen Materialismus in der Technik der antiken Wandmalerei darstellte. Seine zweite große Arbeit war die Ausmalung der Höfe und des Treppenhauses im Ministerium für Unterricht, die 124 Fresken umfaßt und in vier-einhalb Jahren durchgeführt wurde. Während dieser Zeit malte er auch die 38 Fresken in der Landwirtschaftsschule von Chapinca.

Nach einer russischen Studienreise im Jahre 1927 kehrte er endgültig nach Mexiko zurück. Rivera ist als Maler der mexikanischen Revolution und als Erneuerer der Freskomalerei zu einem Künstler von internationaler Bedeutung geworden. Sein Werk ist ein Teil des großen Freiheitskampfes, der die unterdrückte Klasse der ganzen Welt verbindet. Mit Stolz nennt er sich „obrero“, Arbeiter, weil er sich als Arbeiter fühlt. Seine Gemälde in dem Treppenhaus des mexikanischen Erziehungsministeriums sind ein Freskenband vom Tag des mexika-

nischen armen Indio, mit seinen Genügsamkeiten, Wünschen, Bedrückungen des braunen Proletariats. Hochplateau und Tropentiefe, nichts fehlt, was ein tiefempfindender Künstler Positives an seinen kämpfenden Mitmenschen entdecken könnte.

Eine Wiedergabe der Werke in 50 Tiefdruckblättern ist soeben im „Neuen Deutschen Verlag“, Berlin W. 8, als Künstler-Monographie „Das Werk von Diego Rivera“ zum Preise von 6 M erschienen. Bei dem billigen Preise konnten leider die Tafeln nicht farblich wiedergegeben werden. Aber auch schon als Schwarzdruck wirken die Werke durch ihre packende Wucht in Zeichnung und Komposition und bringen die Kraft der Arbeit, den Erfolg der Gemeinschaft wirksam zur Geltung, wie es nur einem großen Künstler möglich ist.

Der von Diego Rivera gemalte Indio ist das herrlich gestaltete Grundmotiv des Lebens, sein Rhythmus und sein Ziel: Die Gemeinschaft durch Arbeit!

In den 50 Tiefdruckblättern, die in der Monographie „Das Werk Diego Riveras“ ein lebendiges Bild von der einzigartigen Bedeutung dieses Künstlers geben, in der Selbstbiographie Riveras, die dem Buch vorausgeschickt ist, wird dieser Gedanke immer wieder deutlich. Und das geht dieses Buch nicht nur den an, der sich für künstlerische Probleme interessiert, sondern in erster Linie die kämpfenden Arbeiter aller Länder, zu denen der Maler des mexikanischen Proletariats spricht.

Die berühmte privatwirtschaftliche Unternehmer-
 at! Der Satz gegen die Förderung der Genossen-
 sischbewegung zeigt im übrigen nur zu deutlich,
 die Arbeiterschaft auf dem richtigen Wege ist.
 Der Artikel im „Machinenmarkt“ bringt noch weitere
 Aussagen über das „wahre Gesicht der Wirtschaft-
 kräfte“. Die obigen Zitate und Proben kennzeichnen
 schon genügend diesen Klassenkampf des Unternehmers
 sein heulendes, nimmerfallendes Wollgeschrei und seine
 nige Mischung von Habgier und Herrschgier.
 Die Arbeiterschaft muß mit diesem unent-
 lichen Unternehmertum rechnen. Jeder weitere
 schritt zur Wirtschaftsdemokratie und zum Gewerkschafts-
 smus hin, die in bester Mischung realpolitisches
 denken mit dem großen Ego eines Wagnisses ver-
 wird harten Kampf und Opfer kosten. Die Unter-
 werden nicht einfach ohne Widerstand und ohne
 erung Rechte abtreten und uns überlassen. Vielmehr
 sie mit aller Verzweiflung ihre Macht und den
 rauch derselben zu erhalten und zu vergrößern suchen.
 m die Wirtschaftsdemokratie doch zu verwirklichen
 den Widerstand des Unternehmertums zu brechen.
 jedem Arbeiter und Angestellten die drei Wälder:
 ke Gewerkschaft, große Organisation
 einige Arbeiterschaft als stets vor Augen stehen.
 von uns, der soziale Temperament und nicht nur
 soziale Ideologie hat, muß diesen Wäldern mit ganzem
 n zutreten und neue Anhänger, neue Kompagnien
 n.

**! Sulfobleiweiß ein „ungiftiger“ Erlass
 für das Karbonatbleiweiß?**

Wir haben bereits mehrmals im „Maler“ auf die
 sammen Mitteilungen des Landesgewerbebezirks Prof.
 Roelsch hingewiesen, nach denen das bisher von
 erstellenden Firma als „ungiftig“ und „vollkommen
 ährlich“ bezeichnete sogenannte Sulfobleiweiß nicht
 er gesundheitschädlich wirkte als gewöhnliches Karbo-
 elweiß. Im Dezemberheft des Zentralblattes
 Gewerbehygiene und Unfallverhütung
 nt nun Prof. Dr. Roelsch des näheren auf seine
 stellten Versuche zurück. Er schließt seine Veröffentli-
 cha, in der er zunächst nähere wissenschaftliche Be-
 zungen anstellt und auf das Urteil anderer medizinischer
 ten hinweist, die zu gleichen Resultaten gekommen
 mit folgenden für die Beurteilung der Frage der
 schäden der Arbeiter des Malergewerbes sehr inter-
 nten Ausführungen:

Wenn wir unsere im Tierversuch gewonnenen Er-
 bnisse kurz zusammenfassen, so können wir sagen, daß
 er bei der Verfütterung als auch bei der Einatmung
 sentliche Unterschiede der Giftwirkung nicht zu beob-
 achten waren. Sämtliche Versuchstiere zeigten ziemlich
 eiblich Allgemeinerkrankungen (Krankheitsgefühl,
 ehnverlust, Gewichtsabnahme bis zum Tode), charakte-
 ristische Blutveränderungen beziehungsweise schwere
 kampf- und Lähmungserkrankungen mit mikroskopisch
 festgestellten Veränderungen im Gehirn- und Rücken-
 marksgewebe. Einzelne individuelle Verschiedenheiten
 ach der positiven und negativen Seite sind für diese
 ndergebnisse ohne Bedeutung.

Von besonderem Interesse ist, was hierauf Prof.
 Roelsch aus seiner besonderen Kenntnis der Berufs-
 oziellen Verhältnisse des Malergewerbes und der in
 m bestehenden Arbeitsmethoden und Betriebszustände,
 denen die Fragen der Berufs-, vor allem aber der
 schäden stets betrachtet werden müssen, erklärt:

Jedenfalls ergibt sich daraus, daß das Sulfobleiweiß
 in etwa als „ungiftig“ oder „vollkommen ungefähr-
 lich“ bezeichnet werden darf, wie dies in der Propa-
 anda geschehen ist. Es ist bemerkenswert, daß die
 tellen, die auf Veranlassung der das Sulfobleiweiß
 erstellenden Firma Gutachten abgegeben hatten, in ihre
 allgemeinen sehr günstig lautenden Zeugnisse doch
 wisse Hinweise zur Vorsicht einfließen: „mit Vorsicht
 gebrauchen“ — „als Gift a m zu bezeichnen“ — „für
 Verbraucher, die die Gesundheitsvorschriften streng inne-
 halten, praktisch ungiftig“ und dergleichen. Aber der-
 eilige Einschränkungen, wie zum Beispiel die leistung-
 ebrte, besagen für den, der die Arbeitsbedingungen der
 arzt und die Einstellung des Durchschnittsarbeiters
 nnt, gar nichts. Entweder ist eine Substanz mehr
 er minder giftig — dann müssen eben alle not-
 endigen Schutzmaßnahmen angewendet werden; oder
 ist ungiftig — dann braucht es eben keine Schutz-
 maßnahmen; etwas anderes gibt es in der Praxis nicht.
 des trifft ganz besonders für das Malergewerbe zu,
 as seine Arbeit vielfach „im Umherziehen“ ausübt, das
 id in halbfertigen Bauten, bald im Freien, auf
 rückerbauten und dergleichen arbeitet. Diese Leute
 nd vielfach durch die äußeren Bedingungen nicht in
 er Lage, diejenigen Vorsichts- und Reinlichkeitsmaß-
 ahmen durchzuführen, wie sie beim Umgang mit giftigen
 arbeitsprodukten unbedingt notwendig wären; schon aus
 efen äußeren Gründen muß die Reinlichkeitspflege
 eifach Mangel leiden. Aber auch die Persönlichkeit
 r einzelnen Arbeiter ist bekanntlich außerordentlich
 rschiedenartig, die Toleranz gegenüber giftigen Sub-
 anzen ist individuell außerordentlich verschieden, nicht
 nder die persönliche Auffassung über Notwendigkeit
 nd Umfang der Reinlichkeitspflege. Unter diesen Be-
 ingungen der Praxis ist es natürlich vollkommen unzu-
 äßig, einen Stoff, der immerhin solche Giftwirkungen
 uszuüben in der Lage ist wie das Sulfobleiweiß, als
 harmlos und ungiftig“ zu empfehlen und damit beim
 Verbraucher von vornherein den Eindruck zu erwecken,
 ß hier eine besondere Vorsicht und Reinlichkeitspflege
 nständig sei. Dadurch wird nur ein falsches Sicherheits-
 egefühl erzeugt, dem Verbraucher fällt es — mit Recht
 — gar nicht mehr ein, acht zu geben; denn es steht ka-
 im Prospekt, daß es sich um eine „harmlose“ Substanz



**Den Anstrich nicht sparen,
 er schützt vor Gefahren!**

handelt; warum also noch große Umstände mit Waschen
 und Bürsten, Arbeitskleidung, Staubverhütung usw.?
 Das ist eben für die Praxis die große Gefahr, daß von
 derartigen schiefen Darstellungen und Eigenschaftsbezeich-
 nungen irrige beziehungsweise zu weitgehende Schluss-
 folgerungen abgeleitet werden. Und dagegen muß mit
 aller Schärfe Stellung genommen werden. Wir geben
 ohne weiteres zu, daß das Sulfobleiweiß gegenüber
 dem Karbonatbleiweiß einige hygienische Vorzüge haben
 mag, die in der wohl tatsächlich bestehenden geringeren
 Löslichkeit liegen; auch die Zersetzung der fertigstellenden
 Firma, daß das Sulfobleiweiß nicht in Pulverform, son-
 dern nur mit Öl angerieben, dem Maler in die Hand
 gegeben werden soll, würde einen gewissen hygienischen
 Vorzug bedeuten. Alles dies gibt aber noch nicht das
 Recht, das Sulfobleiweiß als „praktisch ungiftig“ und
 „harmlos“ beziehungsweise als „vollkommen ungesähr-
 lich“ zu bezeichnen. Jedenfalls haben unsere experimen-
 tellen Untersuchungen eindeutig ergeben, daß eine der-
 artige Propaganda einerseits im Hinblick auf die gegen-
 teiligen Tatsachen, andererseits insbesondere im Hinblick
 auf die daraus in der Praxis abgeleiteten irrigen Auf-
 fassungen und möglichen Unterstellungen unzulässig ist.

Die Arbeitsmedizin hat die Aufgabe, die Arbeits-
 bedingungen und Arbeitsstoffe nach ihren gesundheitlichen
 Auswirkungen zu studieren und daraus die entsprechen-
 den Maßnahmen für die Praxis zu ziehen. Der
 Kampf gegen das Bleiweiß geht auf Jahre zurück und
 hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht;
 die Bleivergiftung im Malergewerbe, die noch in der
 Vorkriegszeit jährlich zahlreiche und schwere Erkrankungen
 verursacht hat, ist heute ganz wesentlich zurückge-
 brängt. Um so mehr muß dagegen Stellung genommen
 werden, wenn nunmehr durch eine mit irrtümlichen
 Auffassungen arbeitende Propaganda die Gefahr neuer
 Bleischädigungen in die Nähe gerückt werden soll.

Die Veröffentlichung unserer Untersuchungen wird
 demnächst im Archiv für Hygiene erfolgen. In den
 gleichen Ergebnissen hinsichtlich der Giftigkeit der beiden
 Bleiweißarten kamen übrigens auch K. B. Lehmann,
 Würzburg, und L. Schwarz, Hamburg. Lehnerer fast
 seine Ergebnisse zusammen wie folgt: Sulfobleiweiß und
 Karbonatbleiweiß, an Tiere verfüttert oder als Dipols
 im Unterhautzellgewebe angelegt, zeigen praktisch
 gleiche Giftigkeit

Mensch und Maschine.

Das Eindringen der Maschine in die Wirtschaft hat in
 vielen Gewerbebezirken den handwerklichen Betrieb ganz
 oder teilweise ausgeschaltet und an seine Stelle den Fabrik-
 betrieb treten lassen.

Dem Besitzer der Maschine, als dem wesentlichsten Teil
 des Kapitals, steht gegenüber der besitzlose, von dem Ka-
 pitalisten abhängige Arbeiter. So sind viele Handwerker
 durch Einführung der Maschine zum Handlanger derselben
 geworden. Der Besitzende hat durch seinen Besitz, durch
 das Kapital, dem besitzlosen Arbeiter gegenüber eine Mo-
 nopolstellung. Dieses Verhältnis zwischen Kapitalist und
 Arbeiter nennt Marx „Kapitalverhältnis“. Nach ihm hat
 der Kapitalist die Neigung sich immer mehr fremde Arbeit
 ohne Entgelt anzueignen; die Abhängigkeit des Arbeiters
 von der Maschine macht ihm dies möglich. Während so auf
 der einen Seite durch zu niedere Löhne es möglich ist,
 Kapital anzuhäufen, vergrößert sich auf der andern Seite
 das Elend. Diese Erscheinung war besonders deutlich zu der
 Zeit, als Deutschland zum Industriestaat überging. Die Ein-
 führung der Maschine und das damit verbundene Empor-
 kommen des Kapitalismus hat bewirkt, daß die abhängige
 Arbeit (das heißt, die Arbeit freier, besitzloser Menschen
 unter fremder Verfügungsgewalt, die früher ihr Haupt-
 anwendungsgebiet im landwirtschaftlichen Großbetrieb hatte)
 Wesensmerkmal des modernen Kapitalismus wurde.

Die Einführung der Maschinenarbeit ermöglichte erst
 die Herstellung der gleichen Erzeugnisse in großer Zahl. So
 kam mit dem modernen Fabrikbetrieb das Schlagwort auf:
 „Produktion von Massen für die Masse“. Tatsächlich wurde

die Produktion immer mehr gesteigert durch Normung,
 Typisierung und Spezialisierung. Jede Fabrik beschränkt
 sich auf einige spezielle Produkte und sucht davon die gang-
 barsten Typen herauszustellen. Dort, wo dieser Arbeits-
 prozess besonders vervollkommen ist, spricht man von der
 Produktion am laufenden Band. Der Arbeiter ist hier be-
 trächtlich zum Handlanger der Maschine geworden. Nicht
 er bestimmt und beherrscht den Arbeitsgang und die Menge
 der Erzeugung, sondern die Maschine. Der Kapitalist, der
 Unternehmer ist bestrebt, die Maschine stets voll zu be-
 schäftigen und die ganze erzeugte Gütermenge auf dem
 freien Markte abzusetzen. War die Nachfrage auf dem
 Markte früher gering, so konnte der Unternehmer, als er
 noch nicht so sehr zur Maschine übergegangen war, die Ar-
 beiter entlassen und die Produktion einschränken. Jetzt ist
 aber auch der Unternehmer in gewissem Sinne unter die
 Herrschaft der Maschine gekommen. Er kann sein An-
 gebot nicht mehr so einfach der Nachfrage anpassen. Die
 Maschinen können nicht entlassen werden. Mit dem zu-
 nehmenden Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung und der
 Erhöhung der Produktion ging Hand in Hand eine Steige-
 rung der Konkurrenz. Das vermehrte Angebot auf dem
 freien Markte bedeutete für die Unternehmer eine Er-
 höhung des Risikos. Die Folge davon ist, daß die Unter-
 nehmer, die sich früher bekämpften, nunmehr vereinigten zu
 Monopolverbindungen, Kartellen, Trusts usw. Der freie Wett-
 bewerb wurde immer mehr ausgeschaltet. Doch die Entwik-
 lung drängte sich auch auf die Seite der Arbeiter zur Wil-
 lung von Interessengemeinschaften. Die Massen der Lohn-
 arbeiter wurden klassenbewußt, als sie ihre Besitzlosigkeit
 erkannten und der einzelne Arbeiter sich seiner Abhängig-
 keit und Hilflosigkeit gegenüber dem Unternehmer bewusst
 wurde. Das Klassenbewußtsein wurde zur ersten Voraus-
 setzung für den Klassenkampf und gab den Anlaß zur Grün-
 dung der Gewerkschaften.

So hatte die Maschine bewirkt, daß, im Gegensatz zu
 früher, sich nicht mehr der einzelne Arbeitnehmer und Ar-
 beitgeber einander gegenüberstehen. Jede Auseinander-
 setzung findet nunmehr zwischen Interessengemeinschaften
 der bestehenden und nichtbestehenden Klasse statt. Als Nieder-
 schlag solcher Auseinandersetzungen im Wesen des Staates
 ist zum Beispiel das Tarifrecht, Betriebsrätegesetz, sowie
 das gesamte Schlichtungsrecht anzusehen. So sehen wir,
 daß die Einführung der Maschine den gesamten Pro-
 duktionsprozeß und die unmittelbar an ihm Beteiligten
 weitgehend beeinflusst hat. Doch nicht nur der Mensch als
 Produzent, der Arbeitnehmer als solcher, ist so sehr durch
 die Maschine umgewandelt worden, auch der Konsument
 steht sich ganz neuen Verhältnissen gegenüber. Eine Teil-
 wahrheit liegt in dem oben zitierten Schlagwort der „Pro-
 duktion von Massen für die Masse“. Die Serienfertigung,
 die nur mit Hilfe der Maschinen möglich ist, hat bewirkt,
 daß sich viele Menschen erst infolge der billigen Produktion
 von Massengütern manchen Lebensgenuss leisten können.
 Damit ist jedoch verbunden, daß bei Serienanfertigung die
 privaten Wünsche des einzelnen nicht berücksichtigt werden
 können. Der Bedarf wird uniformiert; der Verbraucher
 muß es in vielen Fällen dulden, daß ihm der Erzeuger
 diktiert, was er verbrauchen kann.

Wir sehen also, daß die Maschine in tiefgreifender
 Weise den Menschen als Beteiligten am Prozeß der Er-
 zeugung, wie auch als Verbraucher der erzeugten Güter
 beeinflusst hat und immer neu beeinflusst.

Aus unterm Beruf

Schwäbisch Gmünd. In Anwesenheit unseres Bezirks-
 leiters fand am 30. Januar unsere Generalversammlung im
 Metallarbeiterheim statt. Der Vorsitzende, Kollege
 Schneckl, gab einen Überblick über das Jahr 1928, wobei
 er alle wesentlichen Vorkommnisse streifte und auf die
 schwereren Situationen verwies, die auch unsere Filiale
 im Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsver-
 hältnisse zu überstehen hatte. Der Klassenbericht des Kol-
 legen Herzog gab ein treues Spiegelbild der Opferlosigkeit
 unserer Kollegen im abgelaufenen Geschäftsjahr. — Der
 Bezirksleiter, Kollege Hub, ging auf das Arbeitslosen-
 problem ein und erläuterte die im Verband beschlossene
 Invalidenunterstützung. Der bisherige Filialvorstand wurde
 durch Zuzug wiedergewählt, worauf die anregend verlaufene
 Versammlung mit dem Ergebnis geschlossen wurde, daß die
 Kollegenchaft am Orte auch im neuen Jahre einig und ge-
 schlossen zu unserem Verband stehen wird.

Die Filiale Braunschwieg 1928. Das verfloßene Jahr
 stand unter dem Zeichen wirtschaftlicher Depression. Trotz-
 dem tapfer Wohnungen gebaut werden, findet nur ein Teil
 unserer Mitglieder ein Unterkommen für das ganze Jahr.
 Eine Anzahl unserer älteren Kollegen sind ständig arbeits-
 los. Unsere heutige robuste Arbeitsweise schaltet manchen
 Kollegen früher aus dem Arbeitsverhältnis aus. Wir
 wollen gewiß nicht verkennen, daß sich nicht nur die Ar-
 beitsmethode änderte, sondern auch die Zusammenfassung
 der Arbeitskräfte im Beruf selbst sich grundlegend änderte.
 Das Kleinmeisterium mit seiner unbegrenzten Arbeitszeit,
 mit seiner bis ins Unbegrenzte gesteigerten Arbeitsleistung
 schaltete eine große Anzahl von Berufskollegen aus. Hinzu
 kommt die große Anzahl von Lehrlingen und nicht zuletzt
 die Zunahme angelernter Arbeitskräfte. Wenn für die
 Stadt allein zirka 190 Selbständige in Frage kommen,
 dazu ungeschätzt 150 Lehrlinge, dann will das für eine Stadt
 von 150 000 Einwohnern schon etwas besagen. In den
 Jobstellen steht es ebenso trostlos aus. Trotzdem können
 wir sagen, daß die reichstärklichen Abmachungen ohne
 Schwierigkeiten zur Durchführung kamen. Im Laufe der
 Jahre gewöhnten sich auch die hiesigen Meister an die durch
 tarifliche Abmachungen gegebenen Grundlagen. So konnte
 die Lohnzulage vom 4. Mai im Betrage von 4,3 die
 Stunde glatt durchgeführt werden. Auch die für Oktober
 fälligen 3,3 wurden gezahlt. Es gelang uns ferner, die
 Auslösung bei auswärtigen Arbeiten zu erhöhen.

Einiges zu den Jahrestellen: Harzburg ging durch die Nachlässigkeit des Vertrauensmannes im Besonderen zurück. Dort gilt der Reichstariftvertrag. Helmstedt hielt sich sehr gut. Vor allem entwickelte sich die Lehrlingsabteilung in erfreulicher Weise. In Schöningen ging es ebenfalls vorwärts. Auch hier gelang es die Lehrlinge für unsern Verband zu interessieren. Seit längerer Zeit bemühten wir uns den Lohn für Helmstedt und Schöningen dem Lohnsatz gleichwertiger Wirtschaftszweige anzugleichen. Im Berichtsjahr versuchten wir es wiederum mit Verhandlungen. Diese führten aber nicht zum Ziel. Vor dem Schlichtungsausschuß erzielten wir nur ein mageres Ergebnis. Nun beantragten wir Aufnahme Helmstedts in die reichstariftliche Regelung. Durch die Verbindlichkeitsklärung des Mantelstarifts und auch des Lohnabkommens fällt nun auch dieser Ort unter die reichstariftlichen Bestimmungen. Der Lohnsatz stieg sich von 86 1/2 auf 100 1/2.

Die Sektion der Fabrikarbeiter hielt sich auf ihrer alten Höhe, trotzdem aus verschiedenen Betrieben Entlassungen zu melden waren. Hier tritt die Wirkung der modernen Betriebsweise besonders kraft zutage. Die Lehrlingsabteilung entwickelte sich trotz verschiedener, zu Anfang des Jahres sich zeigender Mängel, sehr gut, so daß wir im Gegenjahr zum vorigen Berichtsjahr um 18 Mitglieder zunahmten. Wir veranschlagten für die Lehrlingsabteilung 331,03 M. Eine Einnahme für Jugendpflege vom Landesjugendamt von 150 M. wurde uns überwiesen. Im Berichtsjahr wurden 162 Neuaufnahmen gemacht. Wenn wir am Jahresluß 1927 einen Bestand von 427 Mitglieder meldeten, von denen 68 zur Lehrlingsabteilung zählten, so zähl'n wir jetzt 443 Mitglieder, wovon 88 der Lehrlingsabteilung zuzurechnen sind. 12 Mitgliederpersammlungen fanden statt, die im Durchschnitt gut besucht waren; ferner 13 Vorstandssitzungen und 11 Revisionen. Sodann hatten wir 11 Lehrlingsberanstaltungen, die durch die Filialverwaltung vorbereitet waren. An den Lachierer- und Fabrikarbeiterpersammlungen sowie an einer Anzahl Werkstattbesprechungen nahmen wir teil. Auch sonst vertrat wir die Kollegenschaft in allen Körperschaften. Vor dem Arbeitsgericht wurden 7 Streitfälle verhandelt, von denen wir 2 verloren. Volle Anerkennung verdient die Tätigkeit unserer Unterkassierer. Zum Schluß wollen wir wünschen, daß auch im Jahre 1929 die Zusammenarbeit aller Funktionäre der Filiale sich so gestaltet, daß wir am Jahresluß berichten können: „Stand der Mitgliedschaft gut“. Vorwärts mit neuer Kraft, der Zukunft entgegen.

Baugewerbliches

Winterhilfe am Baumarkt.

Von Dr. Roland Schupp, München.

Der in den letzten Wochen über ganz Deutschland niedergegangene ungewöhnlich starke Schneefall hat die Bautätigkeit in allen Bezirken des Reiches vorläufig zum Erliegen gebracht. Zugleich hat diese Ungunst der Witterungsverhältnisse zu einer weiteren Verschärfung der Lage auf dem Bauarbeitermarkt beigetragen, da durch die neuerdings vorgenommenen Arbeiterentlassungen die baugewerbliche Arbeitsloseniffer in der letzten Januarwoche nahezu 70 % beträgt. Auch im Bauhandwerk ist der Beschäftigungsstand gänzlich unbefriedigend.

Die Vorbereitungen für die neue Bauzeit werden jedoch an allen Orten energisch fortgeführt, da die Verlängerung der geltenden Hauszinssteuerverordnung die Vereinstellung der gleichen Hauszinszuschüsse wie im Vorjahr erwarten läßt. Dazu kommt, daß in verschiedenen Städten über die Durchführung des diesjährigen Wohnungsbauprogramms bereits völlige Klarheit geschaffen worden ist. Die Lage am Baugeldmarkt hat durch die Diskontermäßigung allerdings keine Erleichterung erfahren, da sich die geforderten Zinssätze nach wie vor auf der alten Höhe halten. Für erstklassiges Hypothekengeld stellt sich der Zinssatz inklusive aller Nebenkosten unverändert auf 10 % und für zweitklassiges Leihgeld auf 13 bis 13,5 %. Am Pfandbriefmarkt konnten die Hypothekendarlehen in den letzten Wochen allerdings recht erfreuliche Umsätze tätigen, da sich das zu Jahresende freigewordene Anlagekapital in großem Umfang dem Erwerb von sechsprozentigen Pfandbriefen zugewandt hat.

Neue Reichsmittel zur Förderung des Wohnungsbaues für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, kann für das Jahr 1929 zu Gunsten des Reichs-Wohnungsfürsorgefonds für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene aller Voraussicht nach mit der Bereitstellung des gleichen Betrages von 5 Millionen Mark wie im Vorjahr gerechnet werden. Seit dem Jahre 1925 sind nach einer kürzlich veröffentlichten Zusammenfassung durch das Reich insgesamt 16,2 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues für Kriegsbeschädigte flüssig gemacht worden. Bis zum 31. März 1928 wurden mit Hilfe dieser Mittel insgesamt 2300 Wohnungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene errichtet.

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die diese Vergünstigung in Anspruch nehmen wollen, haben entsprechende Darlehensanträge an den zuständigen Landesfürsorgeverband (Hauptfürsorgestelle) oder an die Behörde zu richten, der die Aufgaben der Hauptfürsorgestelle übertragen sind.

Gewerkschaftliches

Der Zentralverband der Angestellten kann nach den vorliegenden Berichten aus seinen Ortsgruppen eine Zunahme von 25 000 neuen Mitgliedern im Berichtsjahr 1928 verzeichnen. Das bedeutet gegenüber dem Mitgliederbestand am Anfang des Jahres 1928 ein Zuwachs um 17 %. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Steigerung in der Mitgliederzahl der freigewerkschaftlichen Organisation der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten weiter abhält.

Der Verband der Gärtner konnte mit Beginn des Jahres auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. 1904 vollzog sich der Anschluß des bis dahin noch neutralen Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins an die damals schon freigewerkschaftliche Deutsche Gärtnervereinigung, wodurch der Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter geschaffen wurde. Von diesem Zeitpunkt an konnte eine fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit geleistet werden. Daß sich der Gärtner-Verband mit viel Erfolg durchsetzte, zeigt auch die Tatsache, daß der seinerzeit als Gegenorganisation gegründete christliche Gärtner-Verband sich auflöste. Wir sprechen dem Verband der Gärtner sowie dessen Vorsitzenden, Josef Busch, der seit 25 Jahren die Geschicke des Verbandes leitet, unsern herzlichsten Glückwunsch aus.

Schafft Arbeit!

Ueber zwei Millionen arbeitsfähige und arbeitswillige Volksgenossen sind arbeitslos, und diese Arbeitslosigkeit steigt eher, als daß sie abnimmt. Die starke Kälteperiode hat auch die letzten Bauarbeiter außer Tätigkeit gesetzt. Ist nun irgend etwas geschehen, um eine gleichmäßigere Verteilung der Bauarbeit auf das ganze Jahr zu erreichen und dadurch die brachliegenden wertvollen Volkskräfte in Tätigkeit zu erhalten? Hat die Rationalisierungs- und Forschungsarbeit den notwendigen Kampf gegen die Schwankungen des Beschäftigungsgrades ernsthaft begonnen? Sind wenigstens alle Vorbereitungen für das neue Baujahr so getroffen worden, daß nach dem Aufhören des Frostes sofort in großzügiger Weise mit dem Wohnungsbau begonnen werden kann? Das sind Fragen, die zwingend eine Antwort erheischen. In dem soeben erschienenen Heft 3 der Sozialen Bauwirtschaft fordert Kollege A. Ellinger mit eindringlichen Worten auf, endlich der Vergeudung von Volkskraft ein Ende zu bereiten und die Arbeitslosen zur Schaffung wirtschaftlicher Werte einzusetzen. Wir bringen diesen Aufruf an anderer Stelle im Wortlaut in der Erwartung, daß er nicht ungehört und ohne Wirkung verhallen möge. Auch in dem zweiten Aufsatz des Regierungsbaumeisters Warnemünde über die Ursache der Wohnungsnot hebt der Verfasser als einen Hauptfehler hervor, daß das Wohnungsproblem nicht in seinem Zusammenhange mit Staat, Volk und Wirtschaft erfaßt werde.

Gewerkschaftstagen 1929.

Der Verbandstag der Deutschen Buchdrucker findet vom 24. bis 29. Juni 1929 im Volksbildungsheim zu Frankfurt am Main statt. — Der Zentralverband der Zimmerer beruft seinen 25. ordentlichen Verbandstag auf den 27. Mai und folgende Tage nach Kiel ein. — Der Deutsche Sattler-, Tapezierer- und Portefeullier-Verband hält seinen Verbandstag vom 3. Juni an in Dresden ab, wo vor 40 Jahren die Sattler und auch die Tapezierer den Grundstein zur Organisation legten.

Sozialpolitisches

Um das Grundstückerahmengesetz geht augenblicklich der politisch-parlamentarische Kampf. Es muß sich hierbei darum handeln, den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit eines gesunden, organischen Fortschreitens zu erhalten. Gewiß ist vor allem einer klaren Vergleichbarkeit wegen der Bedanke der Steuervereinheitlichung von größtem Werte. Aber dies Ziel ist zu erreichen, ohne daß man die Läden endgültig schließt zu einer gesunden Weiterentwicklung. Als in dieser Hinsicht so sozial und auch finanzpolitisch so wirksam hat sich die anhaltische Regelung der Besteuerung des landwirtschaftlichen Besitzes erwiesen, die eine Trennung von Boden einerseits und Gebäude und Zubehör andererseits, weiterhin eine Staffelung der Grundsteuer vorsieht. Wie hier die Verhältnisse augenblicklich liegen und im Hinblick auf den vorliegenden Grundstückerahmen-gesetzesentwurf zu würdigen sind, zeigen die Darlegungen „Die Besteuerung des reinen Bodenwertes in der Landwirtschaft“ in dem soeben erschienenen Heft des „Jahrbuch der Bodenreform“ (postfreie Zusendung 1,50 M., Berlin NW. 87, Lessingstraße 11). Weiterhin ist der Beitrag von Oberlandesgerichtsrat Dr. Bovenstein, Kiel, „Bodenreform und germanisches Recht“, höchst bedenklich für die Beurteilung der Frage einer sozial-gerechten Ausgestaltung des deutschen Bodenrechts. Es gilt, hier Klarheit zu gewinnen, die Grundlagen zu erkennen, auf denen unser heutiges Bodenrecht beruht, um dann Reformversuche gerecht beurteilen und würdigen zu können.

Zur Verlängerung der Schulzeit. Der Hauptauschuß der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt trat kürzlich zusammen, um für den in diesem Jahre im Genf tagenden Kongreß die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Wie das JA. mitteilt, steht auf der Tagesordnung dieses Kongresses neben der Behandlung der Familienfürsorge und gewisser Gesichtspunkte der Wanderungsfrage die Frage der Verlängerung der Schulzeit. Gerade die letztgenannte Frage ist von besonderer sozialer Bedeutung, insbesondere für diejenigen, die eine möglichst vollständige Ratifikation der drei von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Uebereinkommen über das Mindestzulassungsalter zur Arbeit wünschen. Zur Sicherung des geistigen, physischen und moralischen Schutzes des Kindes gehören nicht nur Maßnahmen, die eine Beschäftigung der Kinder in einem zu frühen Alter, d. h. nach dem Wortlaut der Uebereinkommen vor dem 14. Lebensjahr, verbieten, sondern es ist auch notwendig, die gesetzliche Dauer der Schulzeit in Betracht zu ziehen. Während in zahlreichen Staaten der Schulzwang mit dem 14. Lebensjahr aufhört, gibt es andere, in denen eine Verlängerung der Schulzeit bis zum 14. Lebensjahr noch herbeigeführt werden muß. Aus diesem Grunde ist der Beschluß des Hauptauschusses der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt sehr zu begrüßen. Die Behandlung der Frage der Verlängerung der Schulzeit und ihre Klärung ist geeignet, die Ratifikation der internationalen Uebereinkommen über das Mindestzulassungsalter zur Arbeit zu fördern.

Berichtliches

Eine neue Wanderausstellung des Deutschen Hygiene-Museums. Wie unsererseits schon mitgeteilt, ist für 1930 in Dresden anlässlich der Eröffnung des Neubaus des Deutschen Hygiene-Museums eine große „International Hygiene-Ausstellung“ geplant. Diese Ausstellung wird vor allem die Frage der Leibesübungen, die jetzt akut geworden ist, in den Vordergrund stellen. Zahlreiche Ausschüsse sind am Werk, um hier Grundlegendes und Zukunftweisendes zu formulieren. Als erstes Ergebnis dieser Vorarbeiten dürfte auch eine neue Gruppe des Deutschen Hygiene-Museums aufgestellt werden, nämlich „Mensch und Sport“, die demnachst durch eine Reihe von Großstädten Deutschlands erstmalig durchgeführt wird und die zugleich die Leibesübungen als Hauptfaktor für die allgemeine Gesundheit behandelt, also nicht vom Gesichtspunkt der Rekordleistung ausgeht, sondern die Notwendigkeit für körperliche Gesundung und Gesunderhaltung. In fast dreijähriger Arbeit ist diese neue Wanderausstellung zusammen mit den großen Spitzenverbänden der Leibesübungen-Bewegung durchgeführt worden, nämlich des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen und der Zentralkommission für Arbeiter Sport- und Körperpflege. Die neue Wanderausstellung führt mit einem kurzen Ueberblick zunächst in die Geschichte der körperlichen Erziehung, um dann ausführlich und allgemeinverständlich die anatomischen und physiologischen Vorgänge zu beschreiben, die beim Ueben zu beachten sind. Es wird also mit dieser Ausstellung die Grundlage gelegt, die wohl jeder Turn- und Sportlehrer, als auch der Schüler und Ausübende selbst zu beachten hat. Es schließt sich dann eine umfangreiche Darstellung der Uebungsbedürfnisse in den verschiedensten Altersgruppen an, um zum Schluß einen systematischen Ueberblick zu geben über alles, was mit Körperbildung zusammenhängt: Turnen, Leichtathletik, Schwimmen, Winterübungen, Gymnastik usw. Mit der Wanderung dieser neuen Gruppe ist im März begonnen worden. Um die neue Ausstellung haben sich bereits eine ganze Reihe von Städten beworben.

Gewerkschaftliche Ferienreisen. Die Erkräftung und tarifliche Regelung von Ferien ist eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften. Aber es gilt auch, die Ferienzeiten wertvoll zu verwenden. Der Ortsauschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Reiseabteilung des Arbeiter-Bildungs-Instituts übernommen und will sie auf breitetste, gewerkschaftliche Grundlage stellen.

Der Bezirksauschuß Sachsen und die mitteldeutschen Ortsauschüsse werden tatkräftig mitwirken. Alle deutschen Gewerkschaftskollegen und ihre Angehörigen sind als Reisetilnehmer herzlich willkommen.

Ein interessanter, künstlerisch ausgestatteter Prospekt gibt erschöpfende Auskunft über die im Jahre 1929 geplanten Reisen. Gegen Einfindung von 35 J wird er vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Leipzig, Jelfer Straße 32 (Volkshaus), portofrei zugesandt.

Literarisches

„Soziale Bauwirtschaft“. Bezugsgebühr vierteljährlich 2,25 M. Preis für einzelne Nummern 90 J. Verlag Berlin S. 14. Kurt Eisner. Ein Lebensbild. Schriftenreihe des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsbildung. Berlin S. 14. Lindenstraße 3. 16 Seiten. Preis 25 J. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar 1929 hat der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsbildung in seiner Schriftenreihe „Arbeiterbildung“ ein Kurt-Eisner-Bild herausgegeben. Die aktuelle Schrift, verfaßt von Felix Friedebach, dem ehemaligen Sekretär Kurt Eisners, enthält ein Lebensbild des bekannten revolutionären Kämpfers sowie Auszüge aus den Reden und Werken von Kurt Eisner. Da der Verfasser die Vorgänge in den Münchner Revolutionstagen selbst an der Seite Eisners miterlebt hat, ist er besonders berufen, Kurt Eisner sowohl als Menschen wie auch als Politiker zu zeichnen.

„Aus Leben hinein“, ein Jugendweiblich-Eprechorstpiel von Max Barthel mit Jugendweibliche von Max Westphal. Preis 90 J. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin S. 61. Belle-Alliance-Platz 8. Der Arbeiterjugend-Verlag erweitert durch dieses Werk erfolgreich die Reihe der Eprechorst. Es ist durch seinen Inhalt besonders für Jugendweibliche, aber auch für andere Feiertage geeignet. Dem Eprechorst angehängt ist eine Jugendweibliche von Max Westphal. Allen, die sich mit der Durchführung von Jugendweiblichen beschäftigen, als auch die Feiertage und die Jugendweiblichen werden sicherlich diese Worte gern nachlesen. Das Buch ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen oder direkt durch den Verlag.

„Arbeiter-Erziehung“. Herausgegeben von S. Fuchs, dem Leiter der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins. Diese vorzüglich geleitete Zeitschrift wird allen, die sich mit fremden Sprachen beschäftigen, eine willkommene Hilfe sein. Ferner wird die Muttersprache regelmäßig in dem „Arbeiter-Erziehung“ behandelt. In der deutschen Sprache behandelt. — Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,20 M. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen, die Postanstalten oder durch die „Arbeiter-Erziehung“, Berlin W. 57, Reichenstr. 64.

Vom 11. Februar bis 17. Februar ist die 7. Beitragswoche. Vom 18. Februar bis 24. Februar ist die 8. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Berlin. Am 28. Januar starb der Kollege Emil Feuer geboren am 27. September 1879 in Alt Liegebrücke. Flensburg. Am 29. Januar starb nach längerer Krankheit unser Kollege August Kruppa, geboren am 15. März 1872 zu Allenstein. Halle a. d. S. Am 3. Februar starb nach kurzer Krankheit unser ältester Kollege Ludwig Edler im Alter von 75 Jahren. Radebe. Unser Junghollege Alwin Waackendorf ist plötzlich und unerwartet aus dem Leben geschieden im Alter von 18 Jahren. So lieb und jugendfröhlich wie er war, soll er auch bei uns im Gedächtnis bleiben. Mainz. Am 4. Januar starb nach kurzer Krankheit unser Mitglied Heinrich Neujahr, Maler zu Mainz-Kostheim, im Alter von 67 Jahren. Ehre ihrem Andenken!